

# Multikulturalismus und ethnische Minderheiten in den Medien der USA

von Horst Pöttker und Anne Fölting

*Was wird in den USA getan, damit die Medien einen Beitrag zur Integration von Migranten und ethnischen Minderheiten leisten? Anders als in Deutschland, wo der Gedanke an Qualitäten und Regulierungen der Medieninhalte im Vordergrund steht, setzt man in Nordamerika vor allem auf eine Förderung des Zugangs der ethnischen Minderheiten zu den Medien. Diese „Diversity“-Politik lässt sich aus dem multikulturellen Selbstverständnis der US-Gesellschaft erklären. Die Thematik ist für Deutschland aktuell, weil auch hier der Anteil der Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund wächst und das Zuwanderungsgesetz von 2004 als politisches Bekenntnis verstanden werden kann, eine Einwanderungsgesellschaft zu sein. Vielleicht kann man hierzulande, was die (mediale) Integration von Menschen mit Migrationshintergrund betrifft, von den Aktivitäten und Erfahrungen im klassischen Einwanderungsland USA lernen.<sup>1</sup>*

## 1. Multikulturalismus – Multiculturalism

Die heterogene Zusammensetzung der Bevölkerung hat in den USA eine lange Tradition. Sie lässt sich zurückverfolgen bis in die Anfänge der Landesgeschichte: Die Ursprünge der multikulturellen amerikanischen Gesellschaft liegen im 17. Jahrhundert, als die ersten europäischen Siedler in das Land kamen. Seither ist das Bevölkerungswachstum in den USA immer auch – mehr oder weniger – durch Einwanderung beeinflusst gewesen. Es entwickelte sich eine Nation, in der verschiedene Kulturen, Nationalitäten, Religionen nebeneinander und miteinander leben.

Drei Dimensionen sind entscheidend: erstens die *demografische Entwicklung*, mit der heterogenen Zusammensetzung der Bevölkerung und quantitativ unterschiedlichen Entwicklungen der Bevölkerungsgruppen; zweitens *theoretische Überlegungen*, in welcher Weise sich diese vielfältige Nation entwickeln soll, und drittens *rechtliche Grundlagen*, in denen die Entwicklung dieser Vielfalt geregelt ist.

### 1.1 Demografische Entwicklung

Seit Beginn des 19. Jahrhunderts haben sich Schätzungen zufolge rund 50 Millionen Menschen aus Übersee entschlossen, vorübergehend oder ständig in den USA zu leben. Diese Ziffer scheint riesig und gibt dennoch nur einen ungenauen Eindruck: Ganz genau wird sich die Zahl der Einwanderer in die USA nie feststellen lassen, da alle die Menschen in den Statistiken nicht erfasst wurden, die bis 1908 über Kanada und Mexiko in die USA gekommen sind. Auch hat sich im Laufe der Jahre mehrfach die Definition des Begriffs „Einwanderer“ gewandelt. In dieser Gesamtzahl der Immigranten enthalten sind auch nicht diejenigen, die vor dem Bürgerkrieg mit dem Sklavenhandel in die USA gebracht wurden<sup>2</sup>. Aber die Schätzung beschreibt einen Trend – denjenigen hin zu einer zunehmend heterogenen Nation.

---

<sup>1</sup> Dieser Aufsatz ist im Zusammenhang mit dem Forschungsprojekt „Mediale Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland, den USA und Kanada im DFG-Forschungskolleg Medienumbrüche entstanden.

<sup>2</sup> Vgl. Robert A. Burchell, Die Einwanderung nach Amerika im 19. und 20. Jahrhundert. In: Willi Paul Adams, et al., Die Vereinigten Staaten von Amerika. Fischer Weltgeschichte, Bd.30. 19. Auflage, Frankfurt am Main, August 2003, S. 184

Bis in die 1840er Jahre kam die Mehrzahl der Einwanderer aus dem nordwestlichen Europa. Danach stieg die Zahl der südosteuropäischen Einwanderer stetig an, bis schließlich seit den 1960er Jahren asiatische und lateinamerikanische Länder an der Spitze der Herkunftsländer stehen<sup>3</sup> – sie machen mittlerweile rund vier Fünftel der Immigranten aus.

Alle zehn Jahre wird die zunehmend heterogene Bevölkerungszusammensetzung und damit auch die Dimension der Einwanderung in einem Zensus festgehalten<sup>4</sup>. Dabei registrierte das U.S. Census Bureau in der Volkszählung des Jahres 2000 die Mexikaner als größte Gruppe unter den insgesamt rund 849 800 Immigranten (173 900), gefolgt von Menschen aus Ländern der Karibik (88 200), aus Mittelamerika (66 400), aus China (45 700), den Philippinen (42 500) sowie aus Indien (42 000). Der Zensus, der seit 1790 vorgenommen wird, ist in der Verfassung vorgesehen als Basis für Entscheidungen über die angemessene Mitgliederverteilung im House of Representatives<sup>5</sup>. Die Nationalitäten werden in der Zählung seit 1850 erfasst<sup>6</sup>. Außerdem verlangt der Zensus auch die Zuordnung zu einer oder mehreren „Race“-Kategorien. Diese Einordnung beruht auf Selbstzuschreibung; unterschieden wird zwischen „White“, „Black“, „Native American“, „Asian/Pacific Islander“ und „Hispanic“<sup>7</sup>. Und so bildet der Zensus auch die multikulturellen Strukturen der USA ab – denn ein großer Teil der Bevölkerung betrachtet sich selbst nicht ausschließlich als Amerikaner, sondern gibt gleichzeitig die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe an.

## 1.2 Theoretische Konzepte

Es gab in der Geschichte verschiedene theoretische Ansätze, mit den einwandernden Bevölkerungsströmen umzugehen – meist verknüpft mit der Frage, welche Einflüsse die vielfältigen Kulturen auf die eigene, amerikanische Identität und Nation haben würden.

Um Antwort auf diese Identitätsfrage bemüht, sahen einige Wissenschaftler die komplexen Strukturen der amerikanischen Gesellschaft, ihre Vielschichtigkeit und die Unterschiedlichkeit der Bestandteile als das Charakteristische der USA an. Ihre Argumentation: „Die Vereinigten Staaten von Amerika“ ist Plural – also ist auch das Pluralistische charakteristisch für diese Nation. Der New Yorker William James war es, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts für diese Vielschichtigkeit den Begriff Pluralismus verwendete, als er 1909 *A Pluralistic Universe* veröffentlichte. James setzte sich damit nicht nur für Toleranz Anderem gegenüber ein – er sah Komplexität und Vielschichtigkeit als wunderbare Möglichkeit, philosophisch und psychologisch die Bedeutung des Lebens zu erweitern. Damit war der Begriff geboren, der in der Debatte um den Umgang mit den verschiedenen kulturellen Einflüssen vor dem des „Multikulturalismus“ stand. Als Harvard-Dozent beeinflusste William James mit seinen Ideen auch andere Theoretiker wie Randolph Bourne, Margaret Mead und W.E.B. DuBois, die den Pluralismusgedanken weiter entwickelten.

---

<sup>3</sup> Vgl. Robert A. Burchell (Anm. 2), S. 190f.

<sup>4</sup> Vgl. Cynthia A. Brewer, and Trudy A. Suchan: Mapping Census 2000: The Geography of U.S. Diversity. Washington, DC 2001

<sup>5</sup> U.S. Census Bureau, Statistical Abstract of the United States, Washington, DC, 2002. 27.11.05, 12.30 Uhr MEZ: <http://www.census.gov/prod/www/statistical-abstract-04.html>, S.1

<sup>6</sup> Vgl. Robert A. Burchell (Anm. 2), S. 199

<sup>7</sup> U.S. Census Bureau, Overview of Race and Hispanic Origin. Census 2000 Brief, Washington, DC 2001. 04. 05. 06, 20.00 Uhr MEZ: <http://www.census.gov/prod/2001pubs/c2kbr01-1.pdf>, S. 2

Radikale Gegner des Pluralismusgedankens forderten aber die Rückkehr zu den frühen Tagen der Nation: Sie wollten die Immigration verbieten, die Rechte der Minderheiten radikal einschränken und auch Frauen keinen gleichberechtigten Platz in der Gesellschaft einräumen. Andere, wie Jane Addams und John Dewey, akzeptierten zu Beginn des 20. Jahrhunderts Veränderungen in der Gesellschaft, bestanden aber darauf, dass mit der Zeit alle verschiedenen Einflüsse im Land zu einer einheitlichen Gesellschaft, einer Nation zusammenwachsen müssten – Amerikanisierung war ihre Vorstellung vom Umgang mit den vielschichtigen Veränderungen, die sich abspielten.

Es war allerdings kein Amerikaner, sondern bezeichnenderweise ein britischer Jude, der daraus das Bild vom „Melting Pot“ prägte, dem Schmelztiegel, in dem alle die verschiedenen Einflüsse zu einer Gesellschaft verschmolzen würden: Israel Zangwill, der Sohn russischer Einwanderer, aufgewachsen in einem armen Londoner Stadtteil, schrieb ein Theaterstück, das er „*The Melting-Pot*“ nannte.<sup>8</sup> Man kann Zangwills Idee von der Gesellschaft als Schmelztiegel als Kompromiss betrachten, zwischen dem Konzept einer pluralistischen Gesellschaft mit vielschichtigen, aber separaten Einflüssen, und der Amerikanisierung, die andere Einflüsse mit der Zeit zum Aufgeben zwingen will. Im „Melting Pot“ – dem Schmelztiegel – sind verschiedene Einflüsse auch dann noch erkennbar, wenn sie ins Ganze „eingeschmolzen“ sind: Sie fügen einen neuen Aspekt, eine Farbe, einen Geschmack hinzu.

Allerdings ignoriert das Bild von der Schmelztiegel-Gesellschaft die Beharrlichkeit, mit der das Zugehörigkeitsgefühl zu einer ethnischen Gruppe fort dauert. Es leugnet den Wert von familiärer, religiöser und ethnischer Bindung, indem es „Intermarriage“ – die Vermischung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen durch Heirat – an erste Stelle setzt.

Obwohl der Begriff des „Multikulturalismus“ heute sehr verbreitet ist und oft auf die amerikanische Gesellschaft angewandt wird, hat er eine relativ kurze Geschichte: Erst in den späten 1980er Jahren setzte sich das Wort im allgemeinen Sprachgebrauch durch – wobei es zuerst mit Australien und Kanada in Zusammenhang gebracht wurde<sup>9</sup>. Pierre Trudeau hatte es 1971 als Schlüsselbegriff in einem offiziellen kanadischen Regierungsprogramm verwendet, das Förderprogramme für ethnische Minderheiten vorsah – ohne damit bei den US-amerikanischen Nachbarn auf großes Interesse zu stoßen. Sollors meint, dass es vermutlich ein Essay von John Porter mit dem Titel „*Ethnic Pluralism in Canada*“ gewesen ist, der den Begriff schließlich auch unter amerikanischen Wissenschaftlern populär werden ließ<sup>10</sup>. Die Popularität des Begriffs impliziert aber nicht seine Eindeutigkeit – Definitionen sind selten und voller Widersprüche.

Zwei Wesenszüge des Multikulturalismus liegen im Blickwinkel des Betrachters begründet: Einerseits kann die USA als multikulturelle Gesellschaft als eine Tatsache verstanden werden, die man erkennt, wenn man die demografische Entwicklung der USA und den Einfluss der Einwanderung auf die Bevölkerungsstruktur betrachtet, oder die Geschichte des Landes als Nation, in der sich noch ältere autochthone Kulturen finden – „Natives“, die Indianer. Andererseits kann die multikulturelle Gesellschaft auch als *Programm* verstanden werden, das bestehende, exklusive Gesellschaftsstrukturen aufbrechen und alle Ausschlussmechanismen

---

<sup>8</sup> Vgl. Arthur Mann, *From Immigration to Acculturation*. In: Luther S. Luedtke, *Making America. The Society and Culture of the United States*. Forum Series. Washington, DC 1995., S. 76

<sup>9</sup> Vgl. Werner Sollors, *De Pluribus Una/E Pluribus Unus*. Bemerkungen zur amerikanischen Multikulturalismusdebatte. In: Berndt Ostendorf, *Multikulturelle Gesellschaft: Modell Amerika?* München 1994, S. 53

<sup>10</sup> ebd.

beseitigen will<sup>11</sup>. Allen Bevölkerungsgruppen stünden dann alle Wege zu allen Positionen in der Gesellschaft prinzipiell offen.

### 1.3 Rechtliche Grundlagen

Die administrativen Kompetenzen in Sachen Einwanderung sind heute in den USA vor allem auf die bundesstaatliche Ebene konzentriert – von den Kontrollen an den äußeren Grenzen des Landes bis zur Beobachtung und Regelung des Arbeitsmarktes hat der „Immigration and Naturalization Service“ (INS), eine beim Justizministerium angesiedelte Bundesbehörde, das Sagen.

Seit 1802 hat sich an den Einbürgerungsbestimmungen in den USA nicht viel geändert: Bis heute muss ein „Legal Permanent Resident“ in einer Eignungsprüfung vor dem Immigration and Naturalization Service (INS) schriftlich und mündlich ausreichende Englischkenntnisse unter Beweis stellen und außerdem erfolgreich einen „civics test“ absolvieren, in dem Grundwissen über die amerikanische Geschichte und Verfassung abgefragt wird. Erst dann wird ihm die Staatsbürgerschaft zuerkannt: er muss einen Eid auf die Verfassung ablegen – eine öffentliche Großveranstaltung, die regelmäßig zum Beispiel in Sportstadien stattfindet. Die Einwanderer schwören in etwas staubig anmutenden Worten der Treue zu „any foreign prince, potentate, state or sovereignty, of whom or which I have heretofore been a subject or a citizen“ ab<sup>12</sup>.

Heute lassen sich in den USA aus der Gruppe der Einwanderer weit weniger Menschen einbürgern, als tatsächlich die Voraussetzungen zum Erwerb der amerikanischen Staatsbürgerschaft erfüllen. Auch wenn keine rechtlichen Hindernisse mehr bestehen, scheuen viele Einwanderer vor dieser Entscheidung zurück – und das ist vielleicht als ein weiteres Indiz dafür zu sehen, wie grundlegend der Multikulturalismus als Merkmal der Gesellschaft zu sehen ist: am fremden Pass wird festgehalten, und damit sozusagen am letzten amtlichen Kennzeichen der Herkunft und gleichsam auch der importierten Kultur des Heimatlandes. Rechtlich besteht bereits nach fünf Jahren in den USA die Möglichkeit, die amerikanische Staatsbürgerschaft zu beantragen – bei Ehegatten und Kindern von Amerikanern ist diese Frist nochmals reduziert auf drei Jahre. Dennoch dauert es im Durchschnitt mehr zehn Jahre bis zur Einbürgerung. Von den Mexikanern, die 1977 in die USA eingewandert sind, besaßen 15 Jahre später erst 17,6 Prozent die amerikanische Staatsangehörigkeit. Der Zensus des Jahres 2000 ergab, dass von den rund 31 Millionen Einwanderern 12.5 Millionen („naturalized“) Staatsbürger waren, rund 18 Millionen jedoch nicht<sup>13</sup>.

Als 1802 das erste Einwanderungsgesetz verfasst und beschlossen wurde, hatten seine Befürworter ganz praktisch das wirtschaftliche und politische Wohl ihres Landes im Blick: Das riesige Land war damals zu großen Teilen unbewohnt – Immigranten würden helfen, es zu bevölkern; sie würden nötiges Potential ins Land bringen, um Ressourcen und Bodenschätze nutzbar zu machen. Kurz: Einwanderung sollte die Vereinigten Staaten von Amerika bevölkerungsreicher, wohlhabender und mächtiger machen.

Soweit die Ideale. In Krisenzeiten wurde die offene Einstellung der Immigration gegenüber wiederholt in Frage gestellt – etwa durch den Chinese Exclusion Act, der 1882 erstmals die

---

<sup>11</sup> Vgl. Hans-Jürgen Puhle, Multikulturalismus und der amerikanische *consensus*. In: Berndt Ostendorf, Multikulturelle Gesellschaft: Modell Amerika? München, S. 78

<sup>12</sup> Vgl. Sam Howe Verhovek, Immigrants' Anxieties Spur A Surge in Naturalizations. In: New York Times, Freitag, 13. September 1996 (Late Edition – Final, Section A, Page 1, Column 2)

<sup>13</sup> Vgl. U.S. Census Bureau, The Foreign-Born Population: 2000. Census 2000 Brief.

04. 05. 06, 20.00 Uhr MEZ: <http://www.census.gov/prod/2003pubs/c2kbr-34.pdf>  
Washington, DC, 2003, S. 2

Einwanderung einer bestimmten ethnischen Gruppe einschränkte<sup>14</sup>, oder die Internierung von Amerikanern japanischer Herkunft während des Zweiten Weltkrieges.

## 2. „Diversity“ als Ziel der Kommunikationspolitik

Wie an der Entwicklung des Multikulturalismus-Verständnisses zu erkennen ist, bekennen sich die USA von Anfang an dazu, eine Einwanderungsgesellschaft zu sein. Deshalb hat man dort nicht nur den politischen Willen, die Immigration im eigenen Interesse zu regulieren, man verfolgt auch bewusst eine *Integrationspolitik* gegenüber ethnischen Minderheiten, die einmal eingewandert sind oder noch einwandern<sup>15</sup>.

Es sind besonders drei ethnische Minderheiten, um die sich die Diversity-Politik kümmert: die ursprünglich aus Afrika stammenden Schwarzen, die Asiaten und die Hispanics bzw. Latinos aus Lateinamerika. Es scheint gegenwärtig vor allem um die Erfassung und soziokulturelle Verarbeitung der – teilweise illegalen – Einwanderung aus Südamerika (einschließlich Karibik und Mexiko) zu gehen. Sie wird ein zentrales innenpolitisches Problem der USA im 21. Jahrhundert darstellen. Die Bedeutung des Spanischen hat in jüngster Vergangenheit stark zugenommen, die Vereinigten Staaten sind mittlerweile fast ein zweisprachiges Land.

Die „Diversity Policy“ bedient sich vor allem der Methode, die Anteile der drei ethnischen Minderheiten an wichtigen öffentlichen Sektoren kontinuierlich zu *erheben*, mit ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung zu *vergleichen* und diese Daten breit zu *publizieren*. Auf diese Weise wird, ähnlich wie bei der Politik zur Gleichstellung der Geschlechter, das Ziel der Akzeptanz und angemessenen Repräsentation der Minoritäten auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen angestrebt. Das Verfahren wird auf zahlreiche Institutionen und Berufe angewandt.

Die Berufsgruppe der Journalisten ist Subjekt und Objekt solcher Bemühungen zugleich. Diversity-Aktivitäten gehen vor allem von den amerikanischen Zeitungsredakteuren und -verlegern aus, wohinter nicht zuletzt das ökonomische Motiv stecken dürfte, die ethnischen Minderheiten als Kunden und Lese-Publikum zu gewinnen. Die American Society of Newspaper Editors (ASNE) publiziert jährlich von ihr selbst erhobene Statistiken über die Anteile der drei ethnischen Minderheiten in den „Newsrooms“ der US-Presse, und andere Berufsverbände wie die Society of Professional Journalists (SPJ) übernehmen die Daten und verbreiten sie weiter.

Auf dem Rundfunksektor gibt es neben der Methode des Erhebens und Publizierens von Informationen außerdem Kontroll- und Zulassungsinstanzen wie die „Federal Communication Commission“ (FCC), die vor allem durch Lizenzierungs-Auflagen „Diversity“ in der öffentlichen Kommunikation durchzusetzen versuchen.

Wir konzentrieren uns im Folgenden auf den Presse-Sektor.

Dass die Diversity-Politik in diesem Bereich nicht erfolglos ist, zeigt sich in den Erhebungen der ASNE daran, dass der Anteil der ethnischen Minderheiten sich in 18 Jahren mehr als verdoppelt hat, von 6,3 Prozent 1986 auf 13,4 Prozent im Jahr 2005. 1978, zu Beginn der Erhebungen, betrug der Anteil 4,0 Prozent, das waren 1.700 Angehörige der drei ethnischen

---

<sup>14</sup> Vgl. Robert A. Burchell (Anm. 2), S. 194

<sup>15</sup> Dass dies in Deutschland bisher kaum geschieht, zeigt sich bereits am Begriff „Zuwanderung“, den sogar die gutwillige, einstweilen an der CDU und am Bundesverfassungsgericht gescheiterte Politik der rot-grünen Koalition statt *Einwanderung* benutzt. Wer nicht ein-, sondern bloß zugewandert ist, der muss und soll auch nicht in das Ganze eingebunden, nicht „integriert“ werden, auf dass man ihn wieder los werden kann.

Minderheiten unter damals 43.000 Zeitungsjournalisten. Aus ihnen sind 2005 immerhin 7.300 unter 54.100 erhobenen Zeitungsjournalisten insgesamt geworden. Damit sind freilich noch immer nicht die von der FCC für den Rundfunk offiziell zur Auflage gemachten 50 Prozent erreicht, geschweige denn die angestrebte volle Proportionalität zum Minderheitenanteil an der Bevölkerung, über die berichtet wird, im Falle der US-Gesamtbevölkerung also mindestens 15 Prozent.

Wie die Entwicklung im Detail vor sich gegangen ist, kann den Tabellen entnommen werden, die die ASNE ins Internet stellt ([www.asne.org](http://www.asne.org)):

**Tabelle 1**

**Beschäftigung von Minderheiten-Journalisten  
bei US-Tageszeitungen**

Basis: jährlicher ASNE-Beschäftigungszensus (Zahlen gerundet)

	Arbeitskräfte insgesamt	Minderheiten unter den Arbeitskräften	Minderheiten unter den Arbeitskräften in %
1978	43.000	1.700	3,95
1979	45.000	1.900	4,22
1980	47.000	2.300	4,89
1981	45.500	2.400	5,27
1982	49.000	2.700	5,51
1983	50.000	2.800	5,60
1984	50.400	2.900	5,75
1985	53.800	3.100	5,76
1986	54.000	3.400	6,30
1987	54.700	3.600	6,56
1988	55.300	3.900	7,02
1989	56.200	4.200	7,54
1990	56.900	4.500	7,86
1991	55.700	4.900	8,72
1992	54.500	5.100	9,39
1993	53.600	5.500	10,25
1994	53.700	5.600	10,49
1995	53.800	5.900	10,91
1996	55.000	6.100	11,02
1997	54.000	6.100	11,35
1998	54.700	6.300	11,46
1999	55.100	6.400	11,55
2000	56.200	6.700	11,85
2001	56.400	6.600	11,64
2002	54.400	6.600	12,07
2003	54.700	6.900	12,53
2004	54.200	7.000	12,95
2005	54.100	7.300	13,42

Eine zweite von der ASNE publizierte Tabelle macht deutlich, dass knapp die Hälfte der Zeitungsjournalisten aus den ethnischen Minderheiten normale Reporter sind, während etwa

ein Fünftel der Leitungsebene angehört. Auch die Verteilung auf die vier ethnischen Minderheiten (inklusive "Native Americans") geht daraus hervor:

**Tabelle 2**

**Zahl und Prozentanteil der Minderheiten-Journalisten bei US-Tageszeitungen**  
nach ethnischer Minderheit und Beschäftigungsart, 2005

	Afro-Amerikaner	Hispanics	Asiaten	Native Americans
Leitende Redakteure	597 (20%)	460 (20%)	271 (16%)	91 (31%)
Umbruchredakteure	500 (17%)	366 (16%)	323 (19%)	56 (19%)
Reporter	1.567 (52%)	1.120 (47%)	781 (47%)	115 (39%)
Fotografen	321 (11%)	378 (17%)	289 (17%)	33 (11%)
insgesamt	2.985	2.323	1.664	295

Unter ihrer Adresse [www.asne.org](http://www.asne.org) stellt die ASNE weitere Tabellen ins Netz, denen u.a. die regionale Verteilung der Beschäftigung von Minderheiten-Journalisten bei Tageszeitungen zu entnehmen ist. Kaum überraschend: Im Nordosten und im Mittleren Westen, wo der Anteil der ethnischen Minderheiten an der Gesamtbevölkerung niedrig ist, ist er auch bei den Zeitungsjournalisten gering; im Süden und Westen ist er sowohl bei den Pressejournalisten als auch in der Gesamtbevölkerung überdurchschnittlich hoch.

Fast die Hälfte aller von der ASNE erfassten US-Zeitungen, vor allem solche mit geringer Auflage, beschäftigt überhaupt keine den Minderheiten angehörenden Journalisten, aber immerhin neun der 100 größten Zeitungen haben bereits das auch von der ASNE gesteckte Ziel einer vollen Proportionalität zur demographischen Zusammensetzung der Bevölkerung in der Region erreicht, über die in der jeweiligen Zeitung berichtet wird. Die großen Unterschiede erklären sich vor allem aus der Personalpolitik der Verlage und Konzerne.

## 2.1 Die Inhalte („content diversity“)

Für die Dimension der Medieninhalte sind Erfolge der Diversity-Politik weniger sicher. Auf das Bild der ethnischen Minderheiten in den TV-Programmen konzentriert sich die an *US-Universitäten* betriebene Kommunikationsforschung, soweit sie sich mit der multikulturellen Problematik befasst – und das tut sie im Vergleich zur deutschen Kommunikationsforschung häufig. Ähnlich wie bei den Erhebungen der journalistischen Berufsverbände zur Arbeitskräfte-Vielfalt dominiert in vielen Inhaltsanalysen zur „content diversity“ die Frage, ob Schwarze und Latinos – die Asiaten werden hier oft weggelassen – angemessen auf den Bildschirmen repräsentiert sind, d.h. vor allem proportional zu ihrem Bevölkerungsanteil oder zu ihrer Bedeutung in einem sozialen Problemfeld oder mit ähnlichen Charakterzügen und sonstigen Eigenschaften wie die Weißen. Meistens wird dabei auf die *Kriminalität* und ihre Darstellung in Nachrichtensendungen oder Fiction-Programmen geschaut.

Was die Frage nach dem Erfolg der Diversity-Politik bei den Medieninhalten betrifft, ist zunächst anzuzeigen, dass es hier kaum Längsschnittanalysen, geschweige denn Vergleichsuntersuchungen identischer Einheiten zu verschiedenen Zeitpunkten (Panels) gibt. Es lässt sich daher nicht mit letzter Zuverlässigkeit sagen, ob sich die Programme im Laufe der Zeit in

Richtung mehr ethnische Vielfalt entwickelt haben, sondern man kann allenfalls Vermutungen aufgrund von Querschnittuntersuchungen wie den oben erwähnten anstellen.

Ausgangspunkt ist der oft beklagte Befund, dass die ethnischen Minderheiten besonders im Fernsehen sowohl in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht schlechter wegkommen als die weiße, protestantische, englischsprachige, aus Europa stammende Mehrheit: „studies have often illustrated how certain demographic groups, such as children, the aged, African Americans, and Hispanics, have been underrepresented in television programming“<sup>16</sup>. Von der quantitativen Unterrepräsentation waren und sind noch immer besonders die *Latinos* betroffen, was höchstwahrscheinlich mit der stärkeren Orientierung dieser ethnischen Minderheit am Lebensstil der weißen Mehrheit und den von ihr bevorzugten Programmen zu tun hat<sup>17</sup>. Die Networks müssen keine Hispanics auf dem Bildschirm zeigen, um Hispanics vor den Bildschirm zu bekommen.

Bei den Afro-Amerikanern ist das anders. Ihre quantitative Repräsentation hat nicht nur in den Redaktionen, sondern auch auf den Bildschirmen des US-Fernsehens zugenommen, weil etliche Sender und Sendungen sich auf diese Weise bemühen, den Einschalt-Präferenzen des schwarzen Publikums gerecht zu werden. Entman gibt zu bedenken, dass ironischerweise auch und gerade dadurch der Rassismus auf subtile Weise gefördert werden kann. Denn die zahlreicheren Schwarzen, die z.B. in den lokalen Nachrichtensendungen gezeigt werden, erscheinen nach den Ergebnissen seiner Inhaltsanalyse als Beschuldigte gewalttätiger und als Politiker fordernder als vergleichbare weiße Akteure auf dem Bildschirm<sup>18</sup>.

Nach Entman müsste bezweifelt werden, dass die bessere Repräsentation der schwarzen Minderheit im Medienpersonal zu ihrer besseren Präsentation in den Programmen führt. Dass Journalisten aus den Minderheiten sogar bei der Darstellung der eigenen Ethnie die Stereotypen der Mehrheit zu übernehmen pflegen, wird auch von europäischen Kommunikationswissenschaftlern zu bedenken gegeben. Jedenfalls wird über eine entsprechende Diskussion in den Niederlanden berichtet.

Die Einzelbefunde zu (lokalen) Fernsehnachrichten begründen Zweifel, ob die zunehmende „Diversity“ des journalistischen Personals tatsächlich zu einer weniger diskriminierender Darstellung der ethnischen Minderheiten in den Programmen führt. Critcher fasst die Ergebnisse der internationalen Forschung zum Bild von Immigranten im Nachrichtenjournalismus zusammen. Es seien fünf Stufen der Präsentation von ethnischen Minderheiten zu unterscheiden: „excluded, threatening, confrontational, stereotyped, and accepted. (...) Evidence supports the pervasive presence of the first four, and a general absence of the fifth, in contemporary news media coverage.“<sup>19</sup> Das mag allerdings auch daran liegen, dass Journalisten über reale Vorgänge und Verhältnisse zu berichten haben, die ihnen vorgegeben sind.

Betrachtet man nämlich das gesamte Fernsehen einschließlich fiktionaler Programme, Filme, Familienserien usw., hellt zumal die jüngste US-Forschung das Bild erheblich auf. Ob es allerdings (nur) die bessere Repräsentation der ethnischen Minderheiten unter dem Fernseh-

---

<sup>16</sup> Vgl. Philip M. Napoli, Deconstructing the Diversity Principle. In: Journal of Communication, 1999, Bd. 49, Nr. 4, S. 22

<sup>17</sup> Vgl. Dana E. Mastro, Bradley S. Greenberg, The Portrayal of Racial Minorities on Prime Time Television. In: Journal of Broadcasting & Electronic Media, 2000, Bd. 44, Nr. 4, S. 699

<sup>18</sup> Vgl. Robert M. Entman, Blacks in the News: Television, Modern Racism and Cultural Change. In: Journalism Quarterly, 1992, Bd. 69, Nr. 2, S. 341

<sup>19</sup> Vgl. Charles Critcher, Media Depiction of Ethnic Minorities. In: Chadwick, Ruth (Hrsg.), The Concise Encyclopedia of Ethics in Politics and the Media. San Diego, 2001, S. 198

personal ist, die zu diesem helleren Bild führt, ist ungewiss, solange wir nicht über eine nach inhaltlichen Sparten differenzierende Statistik der Zunahme des schwarzen, asiatischen und lateinamerikanischen Medienpersonals verfügen.

### **3. Fazit**

Die USA als Gesellschaft, in der Multikulturalität eine lange Tradition hat, mühen sich, diese als „Diversity“ auch in den Strukturen ihrer Medien zum Ausdruck zu bringen. Dabei können die von uns beschriebenen Dimensionen der Vielfalt, wie sie in den Produktionsprozessen der Medien angestrebt werden, als grundlegende Elemente gesehen werden, die es Medien überhaupt ermöglichen, einen Beitrag zur Integration von ethnischen Minderheiten zu leisten: Sie sind die Basis, auf der die verschiedenen Gesellschaftsgruppen auch medial Ausdruck finden.